

Herrn  
Torsten Küllig



**Ihr Schreiben an Deutschlandradio vom 19.09.2022**

7. Oktober 2022

Sehr geehrter Herr Küllig,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 19. September 2022, in dem Sie das Interview der Woche vom 18. September 2022 mit Bundeskanzler Olaf Scholz kritisieren, das Deutschlandradio-Chefkorrespondent Stephan Detjen geführt hat (Link: <https://www.deutschlandfunk.de/bundeskanzler-olaf-scholz-spd-102.html>). Ihrer Meinung nach liegt ein Verstoß gegen § 6 Absatz 1 des Deutschlandradio-Staatsvertrages vor, wonach in den Angeboten der Körperschaft ein objektiver Überblick über das Weltgeschehen, insbesondere ein umfassendes Bild der deutschen Wirklichkeit, vermittelt werden soll und die Angebote eine freie individuelle und öffentliche Meinungsbildung fördern sollen. In Ihrem Schreiben legen Sie dar, woran Sie aus Ihrer Sicht diesen Verstoß festmachen. Wir haben uns mit Ihren kritischen Anmerkungen intensiv auseinandergesetzt.

Anders als Sie sehe ich nach sorgfältiger Prüfung im vorliegenden Fall keine Verletzung der von Ihnen angeführten Programmgrundsätzen.

Schwerpunkt des Interviews war die Debatte über deutsche Waffenlieferungen an die Ukraine. Herr Detjen hat den Bundeskanzler mit den drängenden Forderungen des ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskyj, Forderungen aus der Ampel-Koalition sowie Äußerungen der US-Botschafterin Amy Gutmann konfrontiert. Dabei kamen die relevanten Einwände gegen die Positionen des Kanzlers zum Ausdruck.

Sie vermissen im Interview eine kritische Auseinandersetzung mit den Aussagen zur Energiepolitik. Herr Detjen hat die aktuellsten Aspekte, nämlich die Entscheidung zur staatlichen Verwaltung der Raffinerie Schwedt, am Ende des Gesprächs angesprochen. Eine Vertiefung durch weitere Nachfragen oder kritische Vorhalte war an dieser Stelle aus Zeitgründen nicht mehr möglich. Das liegt in der Natur eines Interviews mit begrenzter Sendezeit.

Eine Regierungsnähe, wie Sie sie Herrn Detjen unterstellen, weil er Ihrer Meinung nach nicht konkret und kritisch genug nachgefragt bzw. richtiggestellt habe, dass nicht Russland, sondern die Bundesre-



gierung beschlossen habe, kein russisches Öl mehr für die Raffiniere zu beziehen, kann ich daher nicht erkennen.

Es liegt im vorliegenden Fall auch deswegen keine Verletzung eines Programmgrundsatzes vor, weil sich ein objektiver Überblick über das Weltgeschehen und ein umfassendes Bild der deutschen Wirklichkeit, durch die Gesamtheit der Angebote von Deutschlandradio vermitteln soll. Einzelne Angebote können sich daher durchaus auf bestimmte Aspekte konzentrieren. Angesichts der zeitlichen Begrenzungen von Beiträgen und Sendungen müssen sie es oft sogar. Wenn jeder Beitrag ein Thema in allen Facetten abbilden müsste, wäre eine Vertiefung einzelner Aspekte, die unsere Hörerinnen und Hörer schätzen und die wesentlich dazu beiträgt, sich gut informiert eine eigene Meinung bilden zu können, nicht möglich.

Über das Ölembargo gegen Russland sowie die Konsequenzen für Deutschland und insbesondere die Raffinerie Schwedt hat Deutschlandradio in seinen Programmen mehrfach und ausführlich berichtet. Einen guten Überblick bietet etwa der zusammenfassende Online-Artikel „Energieversorgung in Europa: Was ein Ölembargo gegen Russland für Deutschland bedeutet“, der bereits am 31. Mai 2022 publiziert wurde (Link: <https://www.deutschlandfunk.de/embargo-oel-russland-krieg-ukraine-100.html>). Natürlich begleiten wir die Themen Energieversorgung und Energiepolitik in unseren Programmen und nichtlinearen Angeboten auch weiterhin regelmäßig und umfassend in Beiträgen und im Interview mit Politikern und Expertinnen und Experten.

Mit freundlichen Grüßen